

MINDESTLOHN

Der große Unterschied

HANS-WERNER SINN
bekämpft den Mindestlohn

Beruf: Ökonom
Alter: 60 Jahre
Arbeitsplatz: u.a. seit 24 Jahren am Lehrstuhl für Nationalökonomie der Ludwig-Maximilians-Universität München und im Aufsichtsrat der HypoVereinsbank
Familienstand: verheiratet, 3 Kinder
Sockeleinkommen: 65,10 € Stundenlohn (hinzu kommen u.a. Bezüge als Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), Honorarprofessor und aus Beratertätigkeiten)



Er sagt:

„Mit etwas mehr Ungerechtigkeit lebt es sich besser“

BARBARA SEILER
braucht den Mindestlohn

Beruf: Friseurin
Alter: 62 Jahre
Arbeitsplatz: seit 30 Jahren im Astoria Salon International, Leipzig, 45 Berufsjahre
Familienstand: geschieden, 1 Kind
Einkommen: 5,16 € Stundenlohn



Sie sagt:

„7,50 Euro wären schon ein Lichtblick aber gerecht ist das auch noch nicht“

VON HEIKE LANGENBERG

„Ein wichtiger Tag für die Durchsetzung von Mindestlöhnen in Deutschland“, sagte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil am 31. März. Sein Gegenspieler von der anderen Regierungspartei, Ronald Pofalla (CDU), sieht diesen Tag ganz anders: „Monatelang hat die SPD behauptet, ganz Deutschland fordert einen Mindestlohn. Jetzt wird klar, das war eine der fatalsten Fehleinschätzungen der Sozialdemokraten in den letzten Jahren.“

Bis zum 31. März konnten Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam einen Antrag auf die Aufnahme in das Entsendegesetz stellen. Damit können ihre Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden – und so für ihre Branche eine untere Lohngrenze ziehen. Bisher gelten Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz für 1,8 Millionen Beschäftigte im Baugewerbe, Gebäudereinigung und Briefdienstleistungen. Bis zum Stichtag haben die Aufnahme nun acht weitere Branchen

für 1,57 Millionen Beschäftigte beantragt, darunter die Zeitarbeit, Pflegedienste, das Sicherheitsgewerbe, die Abfallwirtschaft und die Weiterbildung.

Der große Unterschied in der Bewertung der beiden Politiker passt zu dem monatelangen Gezerre der Koalitionäre um den Mindestlohn. Schon die Einigung, einen Mindestlohn über das Entsendegesetz herbeizuführen, ist ein Kompromiss. Dabei müsste ein gesetzlicher Mindestlohn beiden Parteien nur Recht sein: „Menschen für Hungerlöhne arbeiten zu lassen, entspricht nicht dem christlichen Menschenbild und ist mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Experten schätzen, dass mindestens 6,6 Millionen Deutsche (rund 22 Prozent) im Niedriglohnsektor arbeiten. Dennoch forderten Mitte März sieben Wirtschaftsprofessoren, darunter Hans-Werner Sinn, die Bundesregierung auf, keine Mindestlöhne einzuführen (siehe Seite 10). Das bedeutet für Geringverdiener weiter Stundenlöhne, die teil-

weise deutlich unter dem von den Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro liegen.



Schon jetzt sind die Schwierigkeiten bei der Anwendung des Entsendegesetzes deutlich.

Beispiel Wach- und Sicherheitsdienste: Der von ver.di vorgeschlagene Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde war dem Arbeitgeberverband zu hoch. 5,75 Euro wollten sie stattdessen. Als ver.di sich weigerte, strebten die Arbeitgeber eine Einigung mit der Klein-„Gewerkschaft“ GÖD an.

Beispiel Zeitarbeit: Die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit hat gemeinsam mit den beiden großen Arbeitgeber-

verbänden die Aufnahme in das Entsendegesetz beantragt. Ein anderer Arbeitgeberverband verweist auf seinen Tarifvertrag mit Christlichen Gewerkschaften. Hier liegen die Stundenlöhne niedriger als beim DGB. Deswegen will die CDU verhindern, dass der mit dem DGB abgeschlossene Vertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird.

Beispiel Justiz: Das Verwaltungsgericht Berlin hat Mitte März entschieden, das Bundesarbeitsministerium habe seine Befugnisse überschritten, als es den Mindestlohn für Briefzusteller/innen für allgemeinverbindlich erklärte (ver.di PUBLIK berichtete). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Klarheit kann da nur ein gesetzlicher Mindestlohn für alle schaffen. Er würde bundesweit für alle Branchen gelten und rechtlich eindeutige Bedingungen festlegen, an denen sich kein Arbeitgeber vorbeimogeln kann. Vor allen Dingen würde er Millionen von Niedriglohn-Beschäftigten ein würdigeres Leben ermöglichen.

HINTERGRUND SEITE 11

ÖFFENTLICHER DIENST

Die Mitglieder entscheiden

VON FRANK BSIRSKE

Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen liegt auf dem Tisch, wir haben einen Erfolg errungen. Das Ergebnis bringt deutliche Entgelterhöhungen – und das auch für die unteren Lohngruppen. Das war und ist unser tarifpolitisches Ziel: Alle sollen die Entgelterhöhung im Portemonnaie deutlich spüren. Deswegen war in dieser Tarifrunde die Durchsetzung eines Sockelbetrags für ver.di unabdingbar. Wir haben es erreicht. Das ist den vielen Kolleginnen und Kollegen zu danken, die landauf, landab die Arbeit niedergelegt haben und auf die Straßen gegangen sind. Hunderttausende im Streik und über 52 000 Eintritte in ver.di seit Jahresbeginn – das war ein klares Signal. Es ist von den Arbeitgebern verstanden worden.

ver.di – das sind wir

Bitter ist, dass das Verhandlungsergebnis für vier Bundesländer eine Verlängerung der Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Wochenstunden einschließt. Das hat es den ver.di-Gremien erschwert, die Annahme zu empfehlen. Sie haben es dennoch getan: die Bundestarifkommission mit einer deutlichen Mehrheit von 64 Stimmen, aber auch mit einer starken Minderheit von 25 Gegenstimmen. Jetzt sind alle ver.di-Mitglieder bei Bund und Kommunen aufgefordert, sich per Stimmzettel für oder gegen das Ergebnis auszusprechen. Jede und jeder Einzelne soll mitentscheiden: Annahme oder Streik für einen besseren Abschluss.

Mit der Mitgliederbefragung gehen wir einen neuen Weg. Die Tarifkommission hat eine Empfehlung abgegeben. Jetzt entscheiden die Mitglieder. Denn nach der außerordentlichen Mobilisierung in den Warnstreiks fehlt nun ihr Votum. Sie sind es, die anschließend streiken müssen, um ihr Portemonnaie und um ihre Arbeitsbedingungen geht es. ver.di kann als Gewerkschaft, die 1 000 Berufe organisiert, nur erfolgreich sein, wenn sie nah an den Mitgliedern ist, wenn die Mitglieder es leben und erfahren können: ver.di – das sind wir.

BERICHT SEITE 5

FOTOS: BISKUP / LAIF; BERTRAM BÖLKOW

INHALT 04 | 2008

Diesmal mit den Fachbereichsbeilagen ■ bewegen ■ M – Menschen machen Medien ■ KOMM ■ Handel ■ Druck+Papier ■ Kunst+Kultur

GEWERKSCHAFT

KIRCHEN



Unter Gottes Dach
Betriebsräte? Mitbestimmung? Streikrecht? Fehlanzeige für Beschäftigte bei den christlichen Kirchen – Dienstgemeinschaften im Namen Gottes SEITE 4 (FOTO: KASPER)

LIDL
Im Visier

Jetzt erst recht: Lidl baut Überwachungskameras ab, ver.di will Betriebsräte installieren SEITE 3

GESELLSCHAFT

IRAN



Vor der großen Unruhe
Wer sich im Iran in einer unabhängigen Gewerkschaft engagiert, muss mit harten Strafen rechnen – die Geschichte eines Busfahrers SEITEN 12+13 (FOTO: SOLEIMANI)

LESEPROBE

Der globale Countdown
Harald Schumann und Christiane Grefe untersuchen die Zukunft der Globalisierung SEITE 16

LEBEN

PORTRÄT



Der Rückhaltlose
Verehrt, gefürchtet und überwacht – der Schriftsteller und Kapitalismuskritiker Volker Braun erhält den ver.di-Literaturpreis SEITE 24 (FOTO: KOWALSKI)

FINANZ-SPEZIAL

Wer hat, bekommt noch mehr
Die Abgeltungssteuer kommt, Experten mahnen zur Besonnenheit SEITE 19

MEDIENSUCHT

Bis der Arzt kommt

WENN DER COMPUTER ABHÄNGIG MACHT SEITE 17

(FOTO: PIERS)